

# Bidenomics: Ein neues Paradigma für eine neue Zeit

Von Noah Smith

In der amerikanischen Wirtschaftspolitik gehen enorme Änderungen voran. Der Inhalt und das Ausmaß von Joe Bidens wirtschaftspolitischen Initiativen, die Geschwindigkeit, mit der er sie vorbringt, aber auch die nur sehr gedämpfte ideologische Opposition deuten darauf hin, dass wir es mit einem neuen politischen Paradigma zu tun haben – ganz ähnlich wie bei den Amtsübernahmen von Franklin D. Roosevelt 1933 oder Ronald Reagan 1981. Jeder neue Präsident bringt neue Initiativen mit, aber nur alle paar Jahrzehnte kommt ein Präsident mit einer neuen Philosophie, wie Politik gestaltet werden sollte. Und genau das geschieht gerade: Ein Corona-Hilfspaket über 1,9 Billionen US-Dollar wird ohne besonderes Aufheben verabschiedet und bildet obendrein bloß die Aufwärmübung für ein noch größeres Infrastrukturpaket. Große Schritte wie eine Schuldenerleichterung für Studierende erfolgen fast schon nebenbei. All das sollte eines klar machen: Biden geht in die Vollen. Aber welche Philosophie liegt dem zugrunde? Was sind Bidenomics?

Bevor wir das beantworten, müssen wir uns anschauen, warum das alte Paradigma nicht funktionierte. Das vorherige wirtschaftspolitische Paradigma, das uns Ronald Reagan (und der langjährige Chef der US-Notenbank Federal Reserve Paul Volcker) hinterließen, basierte auf Steuererleichterungen, Deregulierung, Kürzungen im Sozialstaat und einer strengen Geldpolitik. Dies sollte den zwei wirtschaftlichen Hauptproblemen der 1970er Jahre Abhilfe schaffen: Niedrigwachstum und Inflation, zusammen bekannt als Stagflation. Die Idee, dass Steuererleichterungen das Wachstum ankurbeln, stammt aus der ökonomischen Grundlagentheorie: In jedem ihrer Modelle verzerren Steuern die Wirtschaft (ausgenommen etwa CO<sub>2</sub>-Steuern), daher sollten Steuerstreichungen sie effizienter machen und damit zumindest zeitweilig das Wachstum steigern. Hingegen ist die Idee, dass Deregulierung das Wachstum ankurbelt, mehr ein Glaubenssatz: Da „Regulierung“ ganz verschiedene Dinge bedeuten kann, gibt es kein ökonomisches Modell, das sie allgemein erfasst (tatsächlich begann die Deregulierung schon unter Präsident Jimmy Carter, der in dieser Hinsicht mehr unternahm als Reagan). Die Kürzungen im Sozialstaat wiederum basierten teilweise auf öko-

\* Der Text basiert auf einem Beitrag des Autors, der unter dem Titel „Bidenomics, explained“ am 4. April auf <https://noahpinion.substack.com> erschienen ist. Die Übersetzung stammt von Steffen Vogel.

nomischer Theorie – bedarfsorientierte sozialstaatliche Leistungen sind eine Form impliziter Besteuerung, die Menschen theoretisch vom Arbeiten abhält – und teilweise auf dem Dogma einer „Kultur der Abhängigkeit“. Die strenge Geldpolitik schließlich – oder genauer: die antiinflationäre Neigung der US-Zentralbank Federal Reserve – war offenkundig bloß eine Antwort auf die Inflation.

### **Keine Fortschritte für den Durchschnittsamerikaner**

Man kann sich lange streiten, ob das Reagan-Paradigma jemals das Wachstum angekurbelt hat. Die späten 1980er und 1990er waren gute Jahre für die amerikanischen Einkommen, und die 1990er und frühen 2000er waren gute Jahre für die Produktivität. Wie viel Steuererleichterungen und Deregulierung dazu beigetragen haben, und wie sehr das Land von einer verminderten Inflation profitiert hat, ist diskutabel. Klar ist aber, dass in den 2000er und 2010er Jahren das Reagansche Paradigma nicht das tat, was es sollte: George W. Bush kürzte Steuern für Investoren, aber das führte keineswegs zu mehr Unternehmensinvestitionen.<sup>1</sup> Tatsächlich gelang es zwischen 1980 und 2020 generell nicht, mit Steuererleichterungen den allgemeinen Rückgang an Unternehmensinvestitionen einzudämmen. Was die Produktivität betrifft, so war 2005 der Computer-Boom vorbei und die Wachstumsschwäche kehrte zurück.<sup>2</sup> Zugleich war die Wettbewerbsfähigkeit schwach, da viel Industrietätigkeit nach China verlagert wurde. Der einzige wirklich anhaltende wirtschaftliche Erfolg der Reagan-Zeit war die durchgängig niedrige Inflation, doch nach der Wirtschaftskrise von 2008 lag sie zu niedrig. Hätte die Federal Reserve einen höheren Anstieg gestattet, wäre die Erholung in den 2010er Jahren wohl schneller erfolgt, und das nicht nur aufgrund makroökonomischer Effekte, sondern auch durch beschleunigten Schuldenabbau.

Wachstum und Investitionen verlangsamten sich also, und das Reagan-Programm löste diese Probleme nicht. Zugleich nahm die Ungleichheit in den Jahren nach 1980 rapide zu<sup>3</sup> – und sorgte in Verbindung mit dem verlangsamten Wachstum zu einer Stagnation des mittleren Einkommens nach dem Jahr 2000. In den späten 2010er Jahren kam es zwar zu einem vielversprechenden Anstieg. Dieser reichte jedoch nicht aus, um die Wahrnehmung zu erschüttern, dass für den Durchschnittsamerikaner der Fortschritt zum Erliegen gekommen war. Den jungen Amerikanern ging es nicht mehr besser als ihren Eltern.<sup>4</sup> Zugleich sorgten das marode Gesundheitssystem,<sup>5</sup> eine

1 Danny Yagan, *Capital Tax Reform and the Real Economy: The Effects of the 2003 Dividend Tax Cut*, in: „American Economic Review“, 12/2015, S. 3531-3563.

2 John G. Fernald, *Productivity and Potential Output before, during, and after the Great Recession*, in: „NBER Macroeconomics Annual“, 2014.

3 Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, *The Rise of Income and Wealth Inequality in America: Evidence from Distributional Macroeconomic Accounts*, in: „Journal of Economic Perspectives“, 4/2020, S. 3-26.

4 Raj Chetty et al., *The Fading American Dream: Trends in Absolute Income Mobility Since 1940*, NBER Working Paper, Dezember 2016.

5 Jacob S. Hacker, *The Great Risk Shift: The New Economic Insecurity and the Decline of the American Dream*, Oxford 2008.

Zunahme an Zwangsräumungen, Arbeitslosigkeit, der Verfall der Häuserpreise nach der Wirtschaftskrise von 2008 und die Unbeständigkeit der sogenannten 401(k)-Programme zur privaten Altersversorgung für ein Absinken des Lebensstandards.

Es war also klar, dass ein politisches Programm im Stile Reagans aus Steuererleichterungen, Deregulierung und Kürzungen im Sozialstaat nicht funktionierte. Wir brauchten somit ein neues Paradigma – und zwar am besten schon 2008. Es bedurfte aber erst Covid-19 und des Wahnsinns der Trump-Administration, bevor wir erkannten, dass große Veränderungen nötig sind. Doch schließlich sind wir aufgewacht: Die großen Veränderungen sind die Bidenomics.

### Die drei Pfeiler der Bidenomics

Bidens Programm ist vielseitig und umfasst unter anderem die Unterstützung von Gewerkschaften,<sup>6</sup> Umweltschutz, eine Schuldenerleichterung für Studierende und Einwanderung.<sup>7</sup> Es wäre aber falsch, sein Programm bloß als Wundertüte voller langgehegter politischer Prioritäten der Demokraten zu begreifen. Denn drei Ansätze stechen heraus: finanzielle Zuschüsse, Pflege-Jobs und Investitionen.

Finanzielle Zuschüsse stehen im Zentrum des bereits verabschiedeten *COVID-19 Economic Relief Bill*. Zusätzlich zu den bekannten Unterstützungsleistungen – wie Schecks über 1400 Dollar für quasi jeden Haushalt, ein besonderes Arbeitslosengeld oder medizinische Unterstützung – enthält es ein sehr umfangreiches Programm, das offiziell zeitlich befristet ist, aber vermutlich auf Dauer gestellt wird: ein Kindergeld.<sup>8</sup> Es fällt sehr hoch aus – zwischen 3000 und 3600 Dollar pro Kind und Jahr – und ist nicht an eine Verpflichtung zur Arbeit gebunden. Damit ist es im Grunde ein Pilotprogramm für ein Grundeinkommen für Familien.

Der zweite Pfeiler der Bidenomics sind Pflegejobs: Das neue „Infrastruktur“-Gesetz sieht pro Jahr mehrere zehn Mrd. Dollar für die häusliche Pflege von Senioren und Menschen mit Behinderung vor.<sup>9</sup> Schon frühzeitig hatte Biden deutlich gemacht, dass seine Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen sich stark auf Pflegejobs stützen würde.<sup>10</sup>

Den dritten Pfeiler bilden Investitionen – sowohl staatliche Ausgaben als auch Maßnahmen, um private Investitionen zu fördern. Bidens Regierung will jedes Jahr mehrere zehn Mrd. Dollar aufwenden: für Wissenschaft und

6 Catherine Thorbecke, Biden throws support behind unions amid Alabama Amazon workers' landmark vote, [www.abcnews.go.com](http://www.abcnews.go.com), 1.3.2021.

7 Vgl. Fact Sheet: President Biden Sends Immigration Bill to Congress as Part of His Commitment to Modernize our Immigration System, [www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov), 20.1.2021.

8 Eliza Relman, The White House says it will push for permanent \$300 monthly child allowance checks, [www.businessinsider.com](http://www.businessinsider.com), 15.3.2021.

9 Jeff Stein, Biden jobs plan seeks \$400 billion to expand caretaking services as U.S. faces surge in aging population, [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), 2.4.2021.

10 Vgl. The Biden Plan for Mobilizing American Talent and Heart to Create a 21st Century Caregiving and Education Workforce, [www.joebiden.com](http://www.joebiden.com).

Forschung, für den massiven Aufbau einer neuen Ökoenergie-Infrastruktur wie Stromnetze und Ladestationen, für die Umrüstung bestehender Infrastrukturen wie den Austausch von Bleirohren sowie für die Instandsetzung von Straßen oder Brücken. Dies wird dazu beitragen, den Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt zu erhöhen, der seit Jahrzehnten nach unten trieb. Mit anderen Worten: Wenn die Privatwirtschaft nicht genug investiert, wird die Regierung die Lücke schließen. Aber es geht um mehr als das, denn der Aufbau eines modernisierten Stromnetzes oder eines Netzwerks von Ladestationen oder das Entfernen von Blei gehören nicht zu den Dingen, die die Privatwirtschaft aus eigenem Antrieb tut – oder zumindest nicht in ausreichendem Maße.

Doch die Regierung verlässt sich bei Weitem nicht völlig darauf, die Investitionen allein mit öffentlichen Mitteln zu erhöhen: Zunächst bildet der Aufbau von Infrastrukturen das Gegenstück zu privaten Investitionen: Wenn man Straßen repariert, werden die Unternehmen Fahrzeuge kaufen, um diese Verbindungen nutzen zu können. Genauso verhält es sich mit öffentlicher Forschung: Es gibt eine direkte Verbindung zwischen öffentlich geförderten Laboren und privat finanzierter Produktinnovation und den entsprechenden Investitionen.<sup>11</sup> Und schließlich wird der von Biden eingeführte Standard für sauberen Strom – die Stromerzeugung soll bis 2035 CO<sub>2</sub>-frei sein<sup>12</sup> – massive private Investitionen nötig machen: in Solar-, Wind- und Atomenergie, in Wasserkraft und Stromspeicherung.

Es ist bemerkenswert, wie wenig sich dieses Investitionsprogramm auf indirekte Investitionsanreize wie Kürzungen bei der Kapitalertragssteuer oder Abschreibungsbeträge stützt. Die Bidenomics drehen nicht einfach an den Reglern und hoffen, dass am Ende nützliche Investitionen entstehen. Vielmehr lenken sie die Investitionen aktiv in bestimmte Sektoren (wie Ökoenergie) oder bestimmte Aktivitäten (wie Wissenschaft).

Finanzielle Zuschüsse, Pflege-Jobs und Investitionen bilden gemeinsam die drei Pfeiler jenes neuen Ansatzes, der an die Stelle der Reaganomics treten wird. Dabei geht es nicht um eine direkte Ersetzung, genauso wenig wie die Reaganomics eine direkte Ablehnung des New Deal waren. Stattdessen steht das neue Paradigma, obwohl es einige Dinge zurücknimmt, orthogonal zum alten, weil es sich darauf konzentriert, die heutigen Probleme zu lösen.

## Eine zweigleisige Ökonomie

Wohin führen uns die Bidenomics? Sie zielen offenkundig auf den Aufbau einer zweigleisigen Ökonomie: ein dynamischer, international wettbewerbsfähiger Innovationssektor und eine aufs Inland orientierte Maschine für Beschäftigung und verteilten Wohlstand.

11 Daniel P. Gross und Bhaven N. Sampat, *Inventing the Endless Frontier: The Effects of the World War II Research Effort on Post-war Innovation*, NBER Working Paper 27375, Juni 2020.

12 Scott Waldman, *Biden's Infrastructure Plan Would Make Electricity Carbon-Free by 2035*, [www.scientificamerican.com](http://www.scientificamerican.com), 1.4.2021.

Das erinnert an Japan, das in den 1970er und 1980er Jahren den weltbesten Exportsektor entwickelte, der auf den allseits bekannten Firmen wie Toyota und Panasonic basierte. Dieser machte aber nur gut 20 Prozent der Wirtschaft aus, während der Rest aufs Inland orientiert blieb. Obschon einige dieser inländisch ausgerichteten Branchen hochproduktiv waren, darunter das Gesundheitswesen, blieben die meisten von ihnen – Einzelhandel, Finanzwesen, Landwirtschaft, Versorgungswirtschaft und einige nicht konkurrenzfähige Betriebe der verarbeitenden Industrie – doch im Vergleich zu den Vereinigten Staaten nicht besonders produktiv.<sup>13</sup> Zugleich beschäftigten diese Sektoren aber sehr viele Menschen. Japan weist traditionell eine niedrige Arbeitslosenquote auf, und das hat sich auch mit dem massenhaften Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt ab 2012 nicht geändert. In vielerlei Hinsicht hat Japan den effektivsten unternehmerischen Sozialstaat der Welt geschaffen.

Joe Biden und seine Leute werden nun keineswegs wollen, dass die inländisch orientierten Wirtschaftssektoren der Vereinigten Staaten unproduktiv sind. Aber sie wollen, dass diese Sektoren wie in Japan die Hauptlast tragen, wenn es darum geht, den meisten Amerikanern einen Job zu verschaffen. Zu diesen Sektoren gehört die Care Economy, in der nach Ansicht von Bidens Team künftig die meiste Beschäftigung entstehen wird. Das hat teilweise technologische Gründe wie die Automatisierung und das Ende der Beschäftigung in der Massenproduktion. Da nun selbst Einzelhandelsjobs aufgrund neuer Technologien als gefährdet gelten, wenden sich viele den Pflegeberufen zu – von denen wir weiterhin wollen, dass sie von Menschen ausgeführt werden.

### **Die Ideenfabrik der Welt**

Biden reagiert aber auch auf die Globalisierung und die Verlagerung von wirtschaftlichen Aktivitäten von den USA nach Asien. Wenn Asien die Werkbank der Welt wird, sehen sich die USA mit ihrer geringen Bevölkerungsdichte und relativ abgelegenen Lage gezwungen, etwas anderes zu werden: der Forschungspark der Welt. Die Vereinigten Staaten verfügen nach wie vor über die weltbesten Forschungsuniversitäten<sup>14</sup> und eine enorme Konzentration von Talenten aus der ganzen Welt.<sup>15</sup> Wenn sie beides aufrechterhalten können, befinden sie sich in einer guten Ausgangslage, um weiterhin die Ideenfabrik der Welt zu sein. Innovation ist ihr Wettbewerbsvorteil. Solange dies so bleibt, werden die USA sehr wettbewerbsfähige Wissensindustrien erhalten können, deren Spezialität in kontinuierlicher Innovation besteht,

13 Dale W. Jorgenson, Koji Nomura und Jon D. Samuels, Progress on Measuring the Industry Origins of the Japan-U.S. Productivity Gap, U.S. Bureau of Economic Analysis, April 2018.

14 W. Bentley MacLeod and Miguel Urquiola, Why Does the United States Have the Best Research Universities? Incentives, Resources, and Virtuous Circles, in: „Journal of Economic Perspectives“, 1/2021, S. 185-206.

15 William R. Kerr, The Gift of Global Talent: How Migration Shapes Business, Economy & Society, Stanford 2018.

die öffentlicher Forschung entspringt: Software, Hightech-Produktion sowie der Pharma- und Biotech-Sektor. Eine solche Fertigungsstraße dürfte selbst China niemals zu Wege bringen.

Aber obwohl dieser Bereich viel Produktivität und Exporterlöse erzeugt, kann er nicht die meisten Amerikaner beschäftigen. Sie werden stattdessen in weniger wettbewerbsfähigen, aufs Inland orientierten Sektoren arbeiten – und einander Häuser verkaufen oder die Weisheitszähne ziehen, den anderen das Essen zubereiten oder die Einkäufe in Tüten packen oder für die Alten sorgen. Diese ausgedehnten inländischen Sektoren werden die Einnahmen verteilen, die die sehr wettbewerbsfähigen Wissenssektoren erzeugen.<sup>16</sup> Und diese Verteilung der Erträge wird ergänzt von einer staatlichen Umverteilung, die den Elon Musks dieser Welt ein bisschen Geld nimmt und sicherstellt, dass die breite Masse über Nahrung, Unterkunft, Schulen und medizinische Versorgung verfügt.

Mit ihrem doppelten Fokus auf einerseits Forschung, Investitionen und Einwanderung sowie andererseits Pflegejobs und finanzielle Zuschüsse sind die Bidenomics ein Versuch, beide Bereiche der Wirtschaft gleichzeitig anzukurbeln: Biden will den Exportsektor produktiver machen und gleichzeitig die inländischen Sektoren besser darin werden lassen, den Wohlstand zu verteilen. Das ist die Zukunftsvision der Bidenomics.

### **Zeit für politische Experimente**

Außerdem enthält der Biden-Plan weitere Elemente, die finanziell nicht sehr umfangreich sind. Dazu gehört die im Infrastrukturpaket verankerte Industriepolitik: Im Handelsministerium soll eine neue Abteilung entstehen, die sich aktiv darum bemüht, bestimmte Branchen und ihre Lieferketten in die USA zu verlagern. Dies wird sicher den größten Aufschrei bei jenen auslösen, die Industriepolitik für etwas ganz fürchterliches halten.

Dazu besteht allerdings kein Anlass. Das Argument gegen Industriepolitik basierte stets mehr auf Dogma als auf Fakten: Sie ist genau wie Regulierung so vielfältig und komplex, dass man nicht einfach zu dem Schluss kommen kann, sie funktioniert oder funktioniert nicht. Aber so läuft das in der Politik: Es gibt Dinge, von denen Experten aufgrund von theoretischen Erwägungen glauben, dass sie nicht funktionieren. Und solange nicht ein kühner Politik-Unternehmer oder ein Spinner mit wilden Augen kommt und diese Dinge tatsächlich ausprobiert, werden wir nicht wissen, ob sie wirklich nicht funktionieren.

Ein gutes Beispiel bietet der Mindestlohn: In den 1970er Jahren glaubten fast alle Ökonomen, dieser würde zu einem starken Beschäftigungsrückgang führen. Dabei verließen sie sich jedoch zu sehr auf ihre Lehrbücher – wie sich zeigte, als die ersten Mindestlöhne eingeführt wurden und die Fakten etwas anderes ergaben. Das veranlasste einige Leute, ihre alten Theorien

16 Masahisa Fujita, Paul Krugman und Anthony J. Venables, *The Spatial Economy: Cities, Regions, and International Trade*, Cambridge, Massachusetts 2001.

zu entstauben. Die Reihenfolge war: Politisches Unternehmertum führt zu empirischen Studien und diese führen zu einer besseren Theorie – und nicht umgekehrt.

Die Bidenomics dürften weitere ähnlich gelagerte Beispiele liefern: Gewerkschaftspolitik, Zuschüsse für Pflegeberufe, verschiedene neue Infrastrukturen, Industriepolitik oder eine Wettbewerbspolitik mit Blick auf China. Die drei genannten Pfeiler sind nur der Anfang, aber noch nicht alles. Das wird zu viel Haarerufen im Cato Institute, der Heritage Foundation, dem Manhattan Institute und anderen Thinktanks führen, die immer noch der alten Reagan-Orthodoxie anhängen. Es wird einige Ökonomen erzürnen, die vom Primat der Theorie überzeugt sind. Und es wird Besorgnis bei älteren demokratischen Politikberatern auslösen, die von der Reagan-Zeit geprägt sind und instinktiv auf technokratisches Weichenstellen setzen, statt direkt in die Innereien der Wirtschaft einzugreifen.

Das ist auch gut so. Es braucht eine „loyale Opposition“, die das neue Paradigma beobachtet und kritisiert. Manchmal wird sie auch Recht haben, denn wie jedes politische Paradigma zuvor werden auch die Bidenomics Fehler machen. Das ist der Preis des Fortschritts. Entscheidend wird sein, dass die Fehler nicht zu groß ausfallen.

### **Die Risiken der Bidenomics**

Denn so überfällig dieser Wandel ist, könnte Bidens Programm doch scheitern. Zwei Hauptprobleme drohen dabei.

Erstens ist Biden deutlich stärker als andere demokratische Präsidenten der jüngsten Zeit bereit, Geld aufzunehmen und auszugeben, und die Erfordernisse der Coronapandemie haben die Staatsschulden stark erhöht. Manche glauben zwar, die Regierung könne unbegrenzt Schulden machen, und wieder andere meinen, es gebe zwar Grenzen, von denen wir aber noch weit entfernt seien. Aktuell dürften die Verbindlichkeiten wohl tatsächlich kein Problem sein, aber sobald die Investoren nervös werden und die Kapitalmarktzinsen nach oben schießen, wird die Federal Reserve entscheiden müssen, ob sie die Zinsen drückt. Wenn sie das tut – vielleicht aus Sorge, dass sonst die Zinsaufwendungen der Regierung außer Kontrolle geraten<sup>17</sup> – käme es zu einer beschleunigten Inflation.

Zweitens haben die USA in zwei großen Branchen ein Mehrkostenproblem: im Gesundheitswesen (plus der Kinderbetreuung) und dem Bausektor.<sup>18</sup> Genau in diese beiden Sektoren will Biden aber vor allem investieren. Erinnern wir uns, welche Summen Kalifornien in eine geplante Hochgeschwindigkeitszugverbindung steckte, die sich als gigantische Geldverschwendung erwies, so dass die meisten Mittel verloren waren und wir trotzdem keinen

<sup>17</sup> Luis Garicano, Jesus Saa-Requejo und Tano Santos, Tackling inflation if it reappears, [www.voxeu.org](http://www.voxeu.org), 6.10.2020.

<sup>18</sup> Noah Smith, U.S. Needs to Cure the Health-Care Cost Disease, [www.bloomberg.com](http://www.bloomberg.com), 8.11.2019; Derek Thompson, Why Child Care Is So Ridiculously Expensive, [www.theatlantic.com](http://www.theatlantic.com), 26.11.2019; Noah Smith, America's Roads and Bridges Cost Too Darn Much, [www.bloomberg.com](http://www.bloomberg.com), 26.7.2019.

Hochgeschwindigkeitszug bekamen.<sup>19</sup> Wenn das beispielsweise mit Bidens neuem Stromnetz passiert, haben wir ein Problem. Und wenn mehr Geld für die Langzeitpflege bloß die Kosten explodieren lässt, wird dies Arbeitskraft verschwenden und nur zu unserem allgemeinen Problem mit den Gesundheitskosten beitragen. Das könnte Produktivität und Wachstum drücken und den zu verteilenden Kuchen verkleinern. Damit wir also wirklich erhalten, was wir uns erhoffen, sollten Biden und sein Team die Ursachen der Mehrkosten in Bauwesen und Pflege identifizieren und verringern – und nicht davon ausgehen, dass es reicht, beide bloß mit mehr Geld zu versorgen. Denn diese Mehrkosten sind gefährlicher als Schulden und Inflation. Sie hängen schon jetzt wie ein Mühlstein um den Hals der US-Wirtschaft, aber weder Biden noch die republikanische Opposition schenken dem viel Aufmerksamkeit.

Bei alledem sollten wir eines jedoch nicht vergessen: Amerika brauchte ein neues Paradigma. Das alte funktionierte nicht mehr, und sowohl die ökonomische Forschung als auch eine grundlegende Datenanalyse zeigten deutlich, in welche Richtung die Veränderungen gehen sollten. Auf diesem Weg wird es Fehlritte und Irrtümer geben. Viele Menschen werden sich den Veränderungen widersetzen, manche aus besseren Gründen als andere. Aber wenn es an der Zeit ist, das Schiff beizudrehen, muss man das Schiff beidrehen. Und genau das tut Joe Biden.

19 David Shepardson, California to scale back \$77 billion high-speed rail project: governor, [www.reuters.com](http://www.reuters.com), 12.2.2019.

## Dokumente auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

Die Dokumente zum Zeitgeschehen:  
kostenfrei und zeitnah aktualisiert –  
auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)



NEW YORK



BERLIN



KAPSTADT



PEKING



SYDNEY

Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 124.